



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 23.11.2017
SJ

Rückkehr von Rohingya Muslimen nach Myanmar – Angelika Glöckner warnt vor verfrühter Euphorie und fordert Schutz.

Hunderttausende Menschen der Volksgruppe der Rohingya sind in den letzten Jahren aus Myanmar vor Vertreibung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen nach Bangladesch geflüchtet. Nun einigen sich Myanmar und Bangladesch über eine Rückkehr der Flüchtlinge nach Myanmar. Dennoch bleibt die Lage unverändert dramatisch. Die Abgeordnete fordert daher internationale Beobachter.

Mehr als 600.000 Menschen der muslimischen Volksgruppe der Rohingya haben in den letzten Jahren den Rakhine-State im Norden Myanmars verlassen und Zuflucht im benachbarten Bangladesch gesucht - Hunderttausende sind noch auf der Flucht innerhalb Myanmars. In den Flüchtlingslagern im Bundesstaat Cox's Bazar in Bangladesch bahnt sich eine der größten humanitären Katastrophen der Welt an. Betroffen sind insbesondere die Schwächsten – also Frauen, Kinder, Alte und Kranke. Der kurzfristige Hilfsbedarf liegt bei ca. 460 Millionen US-Dollar bis zum Frühjahr 2018 - und das in einem Land, das selbst zu den ärmsten der Welt gehört.

Erst in der letzten Woche besuchte Bundesaußenminister Sigmar Gabriel die Region, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Die katastrophale Situation der Menschen veranlasste ihn zu weiteren Hilfszusagen Deutschlands. Er setzte sich zudem für eine schnelle politische Lösung des Konfliktes ein. Dieser Einsatz zeigt nun erste Früchte. So vermeldete am 23.11.2017 die Regierung Myanmars, dass den geflüchteten Rohingyas die Rückkehr nach Myanmar ermöglicht werden soll. *„Diese ersten Entwicklungen und Gespräche sind sehr zu begrüßen und sie zeigen, dass sich der Einsatz des Außenministers gelohnt hat“*, sagt Angelika Glöckner, SPD.

Glöckner, Berichterstatterin der SPD-Fraktion für Menschenrechte in Asien, mahnt aber zur Vorsicht und warnt vor verfrühtem Optimismus: *„Die Vereinten Nationen bezeichneten die Verfolgung der Rohingya Muslime in Myanmar zu Recht als ethnische Säuberungen. Das Ausmaß der Gewalt, das hier zu verzeichnen ist, lässt sich kaum in Worte fassen. Eine einfache Rückkehr wird es daher nicht geben – vor allem auch mit Blick auf den Schutz der Geflüchteten vor erneuter Verfolgung und Gewalt“*, so die Abgeordnete.

Berichte von internationalen Organisationen – wie „Save the Children“ – sprechen von struktureller Gewalt gegen die Minderheit. Es sei zu Massakern und gezielter sexualisierter Gewalt seitens des myanmarischen Militärs gekommen. Dörfer und Städte der Rohingya wurden niedergebrannt. *„All dies darf sich nach einer Rückkehr nicht wiederholen. Vor allem benötigen die Menschen den Schutz durch die Internationale Gemeinschaft“*, so Glöckner, die sich für eine Beobachtermission der Vereinten Nationen zum Schutz der Rohingya einsetzen möchte.

Vor allem sei die Frage offen, wohin die Menschen zurückkehren sollen. Dörfer und Lebensgrundlage der Menschen sind weitestgehend zerstört. Vorschläge zur Unterbringung in Flüchtlingslagern in Myanmar sieht Glöckner kritisch. *„Dies würde die Situation und die Versorgungslage der Menschen nicht verbessern. In Anbetracht aller zusätzlichen Probleme würde dies die Menschen aus dem Regen in die Traufe bringen“*, so die Abgeordnete.

Zudem müssen Verbrechen aufgeklärt und gesühnt werden: *„Die Menschenrechtsverletzungen müssen aufgearbeitet und die Verantwortlichen des myanmarischen Militärs zur Rechenschaft gezogen werden. Ansonsten ist an Beilegung des Konflikts nicht zu denken“*, macht Angelika Glöckner abschließend klar.